

RÜCKGRAT GEZEIGT

VON WALTRAUD WERDELIS

► Der Kirchheimer Gemeinderat hat Mut gezeigt, als er es ablehnte, ein altes Gemäuer nur deshalb zu erwerben, um die NPD aus dem Dorf zu vertreiben. Während andere Kommunen in der Pfalz den Weg des Vorkaufsrechts gegangen sind, geht Kirchheim das vermutlich minimale Risiko ein, dass es sich bei dem Kauf der „Leininger Mühle“ durch einen NPD-Mann doch nicht um einen Trick handelt. Rückendeckung für die Entscheidung, sich nicht erpressen zu lassen, gab die Landesregierung. Die ist zwar im ähnlichen Fall „Burg Meistersel“ vor kurzem selbst noch per Vorkaufsrecht in die Bresche gesprungen, hält aber die bun-

Mit Rückendeckung vom Land hat Kirchheim gezeigt, dass es sich nicht erpressen lässt.

desweit nach gleichem Muster verlaufenden Immobilienaktivitäten der NPD für bloße Versuche, ihre Parteiarbeit zu finanzieren.

Ausschlaggebend für den Kirchheimer Ratsbeschluss dürften aber auch die möglichen Konsequenzen eines Vorkaufs gewesen sein. Ob das Geltendmachen dieses Rechts einer gerichtlichen Überprüfung standgehalten hätte, ist fraglich. Und in dem mit Blick auf die NPD über das Gebäude geworfene Netz von Auflagen hätte sich letztlich auch die Gemeinde selbst verfangen können. Dieses vermutlich größere finanzielle Restrisiko wollte man nicht eingehen. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob die Entscheidung richtig war.